

## Ansprache von Willy Brandt im Storting über die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften (24. April 1970)

**Legende:** Am 24. April 1970 beschreibt der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt vor den Vertretern der im Storting vertretenen politischen Parteien die Chancen und Risiken der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften um die skandinavischen Staaten.

**Quelle:** Die Europäische Gemeinschaft: Von der Haager Gipfelkonferenz bis zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages. Bonn: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1972. 281 S. p. 89-96.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/ansprache\\_von\\_willy\\_brandt\\_im\\_storting\\_uber\\_die\\_erste\\_erweiterung\\_der\\_europaischen\\_gemeinschaften\\_24\\_april\\_1970-de-e56bc29b-9182-4e6f-9049-ef7d39e55c72.html](http://www.cvce.eu/obj/ansprache_von_willy_brandt_im_storting_uber_die_erste_erweiterung_der_europaischen_gemeinschaften_24_april_1970-de-e56bc29b-9182-4e6f-9049-ef7d39e55c72.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Ansprache von Willy Brandt vor den im norwegischen Storting vertretenen Parteien (Oslo, 24. April 1970)

[...]

In Deutschland wurden die Erfahrungen der Vergangenheit nicht in den Wind geschlagen. In der Bundesrepublik haben wir die Grundlagen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates geschaffen. Inzwischen beginnt eine neue Generation die Verantwortung für Volk und Staat zu übernehmen. Wir haben nicht vergessen, daß uns der Weg in die europäische und internationale Zusammenarbeit so rasch geebnet wurde. Auch nicht, daß es — hier in Norwegen wie anderswo — viele gab, die so früh die Gefühle der Feindschaft und des Mißtrauens beiseiteschoben und uns mit Verständnis und Hilfsbereitschaft begegneten.

Wir dürfen die Lehren der Vergangenheit nicht vergessen. Aber es gilt, den Blick nach vorn zu richten. Die Geschichte hat den Völkern Europas eine neue Herausforderung gestellt, die die letzte sein könnte: eine Friedensordnung für unseren Kontinent zu errichten, die den Völkern in diesem Teil der Welt eine gesicherte Zukunft ermöglicht und die zugleich ein Beispiel und ein Mittel zur Hilfe für die Völker in anderen Teilen der Welt sein kann. Dazu hat jeder von uns seinen Beitrag zu leisten.

Diese Friedensordnung — so sehe ich es und so sieht es meine Regierung — umfaßt sowohl das Verhältnis der westeuropäischen Völker untereinander als auch die Verbindung, die wir im Sinne der gemeinsamen Verantwortung aller Völker dieses Kontinents mit den osteuropäischen Völkern knüpfen wollen. Beide diese Aufgaben gehören zusammen wie die Seiten einer Münze.

Für mich gibt es keine Trennung zwischen Westpolitik und Ostpolitik. Was man deutsche Ostpolitik nennt, ist für mich nur entwicklungsfähig auf dem Hintergrund der Atlantischen Allianz und im Zusammenhang mit der westeuropäischen Integration. Allgemeiner formuliert: Die enge Verknüpfung der westeuropäischen Staaten untereinander ist die Voraussetzung dafür, daß wir die Kraft finden, zwischen West- und Osteuropa so wirksame und nach Möglichkeit auch vertrauensvolle Beziehungen herzustellen, wie sie, unbeschadet der verschiedenen politischen Systeme, in Erinnerung an die gemeinsamen kulturellen Wurzeln und im Wissen um die weithin gemeinsame Verantwortung für die Angehörigen dieses Kontinents selbstverständlich werden sollten.

Erfolgreiche Westpolitik ermöglicht es erst, diese Ostpolitik zu führen; umgekehrt gehört zu einer erfolgreichen Ostpolitik eine beständige Weiterverfolgung der Westpolitik. Diese Formel legt den inneren Zusammenhang frei, der für meine Regierung zwischen den beiden Hälften dieser Politik besteht.

Aus diesem Zusammenhang ergibt sich für mich, daß es richtig ist, wenn sich möglichst alle westeuropäischen Völker an beiden Bestandteilen dieser Politik beteiligen. Eine Spaltung zwischen ihnen lähmt ihre Kräfte. Wenn sie alle — unter Berücksichtigung der notwendigen Unterschiede in Art und Weise — mit der westeuropäischen Einigung verknüpft sind, so liegt darin schon ein wichtiger Schritt in Richtung auf die künftige gesamteuropäische Friedensordnung. Dabei will ich unmißverständlich klar machen, daß ich den westeuropäischen Zusammenschluß weder als einen sich abkapselnden Markt noch als ein im Blockdenken erstarrendes Gebilde betrachte.

Weltpolitisch wird in der künftigen Entwicklung nur ein befriedetes und geeintes Europa in der Lage sein, sich politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und technologisch neben den Supermächten zu behaupten und dadurch die ihm gemäße Eigenart und Leistungskraft zu bewahren. Nur dieses Europa wird auch imstande sein, seine schöpferischen Fähigkeiten so einzusetzen, daß die Lebensumstände der armen Völker der Welt wirksam verbessert werden können. Ein geeintes Europa, das sich seine besten Energien nicht mehr in Kämpfen gegeneinander verzettelt, könnte hierin die Mission für sein 21. Jahrhundert finden.

Es fällt mir leichter, heute diese Zukunftsvision vor ihnen zu entwickeln, nachdem die westeuropäische Politik in den letzten Monaten in Bewegung geraten ist und auch die Ost-West-Beziehungen nicht nur negative Faktoren aufweisen.

Die Gipfelkonferenz der sechs EWG-Staaten im Haag im Dezember vorigen Jahres hat, was den Westen angeht, der langjährigen Stagnation ein Ende gesetzt. Der politische Wille zu neuen Fortschritten in Richtung auf den vertraglich gewiesenen „immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker“, der uns so lange gefehlt hatte, schlug sich in zahlreichen konstruktiven Entscheidungen nieder.

Dies gilt in ganz besonderer Weise für den Beschluß der Sechs, im Sommer dieses Jahres Verhandlungen mit den beitragswilligen Staaten zu eröffnen. Ich gehe davon aus, daß dies Ende Juni oder Anfang Juli möglich sein wird. Und dies wird sich dann nicht nur auf Großbritannien beziehen.

Nun glauben Sie aber bitte nicht, daß ich hierher gekommen bin, um Mitgliedwerbung zu betreiben. Norwegen wird zu gegebener Zeit selber zu entscheiden wissen, was seinen Interessen am besten gerecht wird. Ich will nur sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland die Erweiterung der EWG begrüßen würde. Und ich will wiederholen, daß sich mir dies nicht allein als ein englisches Problem darstellt. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß der Europäischen Gemeinschaft gerade jene neuen Impulse gut bekommen würden, die ihr aus Skandinavien zugeführt werden können. Zusätzlich zur wirtschaftlichen Leistungskraft und gesellschaftlichen Vitalität würden der Gemeinschaft demokratische und moralische Kalorien aus dem Norden gut bekommen.

Befürchtungen, ein kleines Volk werde in der Gemeinschaft seine Identität verlieren, es könnte erdrückt werden unter der Übermacht der größeren Mitgliedstaaten, vermag ich nicht zu folgen. Es ist nämlich so, daß die Gemeinschaft dank ihrer für alle verbindlichen Ordnung die Rechte und Möglichkeiten gerade ihrer kleineren Mitgliedstaaten in einer Weise sichert, die es sonst in der internationalen Zusammenarbeit nicht gibt.

Schon heute weist die Gemeinschaft ja Mitgliedstaaten unterschiedlicher Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft auf. Jeder von ihnen kann ein oder zwei Mitglieder in die Kommission entsenden, jeder von ihnen hat am Ratstisch das gleiche Recht wie die größeren. Soweit Mehrheitsentscheidungen vorgesehen sind — und sie werden in einer erweiterten Gemeinschaft eine größere Rolle spielen müssen als bisher —, gilt das Prinzip der Gewichtung der Stimmen nur in Verbindung mit dem Prinzip der Staatengleichheit. Ein kleinerer Staat hat deshalb im Rahmen der Gemeinschaft die Möglichkeit, einen Einfluß auszuüben, der weit bedeutsamer ist, als dies seiner wirtschaftlichen Stärke und Bevölkerungszahl entspricht.

In diesen Bestimmungen hat sich die Erkenntnis niedergeschlagen, daß die Periode europäischer Machtkämpfe um die Führungsrolle vorüber sein muß. Die Verträge von Rom wollen insoweit besagen, daß es für uns kein Europa der Hegemonie mehr gibt. Es geht uns um ein Europa der Gleichheit und der gegenseitigen Rücksichtnahme, in dem nicht mehr der Wille des Stärksten gilt, sondern das stärkste Argument, von wem es auch vorgebracht wird.

Lassen Sie mich noch einmal sagen, daß ich mir keine Werberede vorgenommen habe. Aber lassen Sie mich auch hinzufügen, daß wir nicht überhören sollten, was die junge Generation von uns erwartet. Wenn ich es recht verstehe, will sie nicht nur eine weitere Vermehrung des Wohlstandes, sondern vor allem die Schaffung menschlicherer Formen des Zusammenlebens. Sie wird um so leichter Ja sagen zu Europa, wenn dies — freilich im Sinne des langen Marsches der Reformen — gleichbedeutend ist mit dem Aufbruch zu einem höheren Grad von Gerechtigkeit und größerer Solidarität.

Wenn es im Sommer zu Beitrittsverhandlungen kommt, wird einerseits deutlich werden, welche gemeinsame Verhandlungsposition die jetzigen EWG-Partner erarbeitet haben. Andererseits werden die beitragswilligen Staaten ihre Vorstellungen in einer ersten Verhandlungsrunde entwickeln. Eine Verhandlungsposition der Sechs gegenüber Norwegen ist noch nicht erarbeitet. Man kann aber davon ausgehen, daß der Gemeinschaft wohlbekannt ist, welche Sonderprobleme Norwegen im Zusammenhang mit der Beitrittsfrage beschäftigen. Und ich hoffe, daß es nicht schwierig werden wird, Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten befriedigend sind. Gelegentlich wird vermutet, daß die Gemeinschaft zunächst mit Großbritannien allein verhandeln werde. Ich halte es demgegenüber für wahrscheinlich, daß nach einer ersten gemeinsamen Runde die Probleme der einzelnen Länder getrennt behandelt werden und daß man dann zu einem späteren Zeitpunkt die Verhandlungen wieder zusammenfaßt. Der Beitritt aller Staaten sollte

zum gleichen Zeitpunkt in Kraft treten.

Wir streben an, daß dann ebenfalls die Abmachungen mit denjenigen Staaten wirksam werden, die aus politischen Gründen eine Mitgliedschaft nicht beantragen wollen oder können.

Schweden hat bekanntlich im Sommer 1967 ein besonderes Schreiben an die EWG gerichtet. Es ist auch bekannt, daß Schweden zunächst über die ökonomischen Aspekte der EWG-Erweiterung zu verhandeln wünscht. In Verbindung damit oder im Anschluß daran wäre dann gemeinsam zu prüfen, ob sich die schwedischen Neutralitätsvorbehalte mit der Zielsetzung der Römischen Verträge vereinbaren lassen.

Wir wissen um die Bedeutung Schwedens. Wir wissen auch um die Bedeutung der innerskandinavischen Zusammenarbeit. Es wäre töricht, ihr Abbruch tun zu wollen. Dabei muß man natürlich beachten, daß die Zusammenarbeit in einem Kreis sich mit der Zusammenarbeit im anderen Kreis vereinbaren läßt. Dies gilt besonders in bezug auf die im EWG-Vertrag vorgesehenen gemeinsamen Kompetenzen.

Gestützt auf die Zielsetzung der Römischen Verträge hat die Gipfelkonferenz im Haag im übrigen beschlossen, die seit 1962 ruhenden Vorbereitungen für eine politische Zusammenarbeit wiederaufzunehmen. Die Außenminister stehen noch mitten in der Vorbereitungsarbeit. Soweit läßt sich heute schon sagen: In einer nächsten Phase wird es vor allem darum gehen, in pragmatischer Weise eine, wie ich sie nennen möchte, „qualifizierte politische Zusammenarbeit“ zu begründen. Der institutionelle Ausbau wird dabei vermutlich eine geringere Rolle spielen als die Entwicklung eines wirksamen Konsultationsverfahrens. Die Bundesregierung strebt an, daß die Mitwirkung der Beitrittsbewerber an dieser Tätigkeit möglichst frühzeitig gewährleistet wird.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie wichtig es ist, daß wir in Europa auf dem Gebiet der technologischen Zusammenarbeit raschere Fortschritte machen. Und ich freue mich, daß Norwegen zu einer aktiven Beteiligung bereit ist.

Ich möchte aber unterstreichen, daß wir auch auf dem Gebiet der eigentlichen Außenpolitik und der Sicherheit größere Anstrengungen machen müssen, um die Energien Westeuropas zusammenzufassen und zu einem stabilisierenden Einfluß auf das weltpolitische Geschehen auszuüben. Dies steht in keinem Widerspruch zu unseren Pflichten innerhalb der Atlantischen Allianz. Und schon gar nicht zielt es auf eine Trennung von den Vereinigten Staaten. Im Gegenteil es zielt auf mehr Eigenverantwortung, auf Partnerschaft und Gleichheit. Wie Präsident Nixon es in seiner Kongreß-Botschaft vom 18. Februar erläuterte und wie er es mir gegenüber in unseren kürzlichen Gesprächen bestätigte, findet die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft nach wie vor die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten. In dem Maße, in dem Europa sich durch eine Zusammenfassung seiner Kräfte stärkt, in dem Maße wird es im Interesse aller auch politisch größere Verantwortung übernehmen können.

Dabei ist es nicht zu verkennen, daß ein sich erweiternder Gemeinsamer Markt — der sich in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion entwickelt — auch für Amerika nicht ganz unproblematisch ist. Auch wenn die EWG nicht nach innen gewandt sein, sondern den Welthandel wesentlich beleben wird, werden amerikanische Handelsinteressen auf dem einen oder anderen Gebiet nicht unberührt bleiben. Um unnötige Konflikte zu vermeiden und unvermeidbare Streitfragen sachlich auszutragen, habe ich mich für regelmäßige Kontakte zwischen Amerika und der Gemeinschaft eingesetzt.